

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Leipzig, Hauptstr. 52.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesa, sowie des Gemeindevorstandes Orzfa.

Postfachkonto: Leipzig 21558, Hauptstr. Riesa Nr. 52.

Nr. 118.

Dienstag, 24. Mai 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellung, bei Abnahme im Voraus monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Auswärtigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für die Besorgung an bestimmten Tagen und Wägen wird nicht übernommen. Preis für die 43 zum Briefe, 3 zum hohen Grundbesitz (7 Böden) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; jeitraubender und tabellarischer Tag 10%, Aufschlag, Anzeigengebühr und Vertriebsgebühren 30% Netto. Keine Cash. Demittiger Rabatt erlischt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Klagegegner in Anspruch gesetzt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Verantwortliche Unterhaltungsabteilung: „Anzeiger an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Vertriebes oder der Belieferungsabteilungen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigenpreis und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Böhm, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Bei der Nachdruckung sind im Rittersgut Schönfeld 3 Denga für den öffentlichen Bedarf zum Veden von Steuern angefordert worden.
Großschönau, am 23. Mai 1921.
775 b XI. Amtshauptmannschaft.

Lebensmittelverteilung.

In der Woche vom 22.—29. Mai 1921 und zwar vom 25. ab sollen auf Abschnitt 156 der roten und grünen Rationierungskarte I je 1/2 Pfund Getreide verteilt werden. Der Preis beträgt für 1 Pfund Getreide 1.90 M.
Die Entnahme hat bis spätestens den 1. Juni 1921 zu erfolgen.
Großschönau, am 23. Mai 1921.
542 b III. Kommunalverband.

Die große Prämie an der oberen Fährstraße bei Strehla muß vom 22. Mai d. J. ab wegen notwendiger Instandsetzungen auf etwa 14 Tage außer Betrieb gestellt werden. Der Fahrverkehr wird während dieser Zeit über die Riesaer Brücke verfahren, soweit er nicht für kleine und leichte Fahrzeuge durch die nicht am Eierfähr fahrende kleine Prämie aufrecht erhalten werden kann.
Riesa, den 20. Mai 1921.
Nr. 400 X. Die Amtshauptmannschaft Weichen als Elbstromamt.

Der neue Außen-Minister.

Der Reichspräsident hat den bisherigen Gesandten im Haag Dr. Rosen zum Reichsminister des Auswärtigen ernannt und den Reichsminister von der Wägenringung der Geschäfte dieses Ministeriums entbunden.

Der zum Außenminister im Kabinett Wirtin ernannte Dr. Rosen blüht auf eine langjährige Erfahrung in allen Zweigen des auswärtigen Dienstes auf. Er gehörte seit 1889 dem auswärtigen Amt an. Mehrere Jahre hindurch im Konsulat in Beirut und in der Gesandtschaft in Teheran. 1899 wurde er zum Konsul in Jerusalem ernannt, ein Posten, den schon vorher sein Vater als preussischer Konsul bekleidet hatte. Anfang 1901 wurde Dr. Rosen als vortragender Rat in die politische Abteilung des auswärtigen Amtes berufen. Hier bearbeitete er die Orientpolitik, bis er Anfang des Jahres 1905 mit einer Sondermission nach Arabien zur Aufklärung von Handelsbeziehungen und zum Abschluss eines Handelsvertrages betraut wurde. Ende des Jahres 1905 übernahm er den Gesandtschaftsposten in Tanger, 1910 wurde Dr. Rosen als Gesandter nach Bukarest und 1912 in gleicher Eigenschaft nach Lissabon versetzt, wo er bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen im März 1918 verblieb. Seit dem Herbst 1918 bekleidet er den Posten eines Gesandten im Haag, der namentlich während des Krieges besondere Bedeutung gewann.

Ein neuer Schritt der Entente in Berlin.

Brian, der gestern abend vom Lande nach Paris zurückgekehrt ist, hatte nach einer Havas-Meldung im Auswärtigen Amt eine Botschaft mit dem deutschen Vizekonsul Dr. Mayer, in der, wie die Havas-Agentur erklärt, Brian Dr. Mayer ersucht haben soll, die deutsche Regierung aufzufordern, auf jeden Versuch eines Angriffs auf Oberschlesien zu verzichten, wenn sie sich nicht Vergeltungsmaßnahmen der Alliierten aussetzen wolle. Die Havas-Agentur glaubt zu wissen, daß dieser Schritt, um größere Bedeutung und größeres Gewicht zu haben, von einem ähnlichen Schritt in London bei dem deutschen Vizekonsul Dr. Schamer unterstützt worden ist. Später begab sich Brian ins Elisee, wo er mit Millerand beriet. Der Ministerrat, der heute wie üblich tagt, wird sich jedenfalls mit der oberösterreichischen Frage befassen, die in der Kammerdebatte am Nachmittag besprochen werden wird. Nachdem das Thema von mehreren Rednern behandelt sein wird, wird Brian eine Erklärung abgeben, in der er wahrscheinlich die Tragweite des gestern unternehmen Schritts erläutern wird.

In den Verhandlungen der französischen Kammer wird erklärt, daß der Ministerpräsident nicht selbst die Befehle des Auswärtigen Ministers, so werde Brian noch heute geklärt werden.

Wie Reuters erfährt, sprechen mahachende englische Kreise ihr Vertrauen aus über die Richtung, die französische Regierung habe gefolgt, daß in Berlin ein neuer Schritt unternommen werde, um die deutsche Regierung aufzufordern, den Einmarsch von Freiwilligen in Oberschlesien zu verhindern. Der britische Vizekonsul in Berlin habe sich in dieser Frage schon verschiedene Male mit vollem Erfolg an die deutsche Regierung gewandt. Am 19. Mai habe die deutsche Regierung einen Aufruf erlassen, in dem sie die Rekrutierung von Freiwilligen für den Kampf in Oberschlesien unter Androhung strenger Strafen verbietet. Jetzt habe sie in derselben Frage eine entsprechende Antwort auf die Note der internationalen Militärkontrollkommission vom 14. Mai erteilt. Reuters gibt diese Antwort im Wortlaut wieder und führt dann fort: Es ist unnötig, zu sagen, daß man in London genau so gut wie in Paris der Meinung ist, daß unerwünschte Eindringen von Freiwilligen in das schlesische Abwehrgebiet sollte absolut verhindert werden, und daß schlechte Beispiele sollte von den Deutschen nicht vorgelebt werden.

Die Lage in Oberschlesien.

Nach gestern war es nicht möglich, telephonisch oder telegraphisch Nachrichten aus dem von den Insurgenten besetzten Gebiete zu erhalten. Die beständigen Zusammenstöße im Kreise der Insurgenten hielten an. Auf Seiten der Aufständischen griff ein auf der Bahnlinie Kreuzburg—Simonsdorf fahrender Panzerzug in den Kampf ein. Im Kreise Ratibor gelang es den Polen anlässlich eines Vorstoßes, Angehörige des britischen Geheimdienstes auf hochschlesisches Gebiet zu drängen. Die deutschen Verteidiger sind dem Vernehmen nach unvorbereitet. Die polnischen Streitkräfte sind

noch nicht in die Hand der Aufständischen gefallen. Die Lebensmittelnot ist bisher noch nicht behoben worden und hat besonders im Landkreis Neustadt erschreckende Formen angenommen.

Das Reichsministerium teilt mit: Der telegraphische Verkehr des Berliner Haupttelegraphenamtes mit Oberschlesien beschränkt sich auf die Verbindung mit Oppeln-Stadt, nachdem das Telegraphenamt in Breslau gestern abend nach Berlin mitgeteilt hat, daß es, von dieser Verbindung abgesehen, vollständig von Oberschlesien abgeschnitten sei und solche Telegramme von Berlin nicht mehr abnehmen könne. Das Berliner Haupttelegraphenamt ist auch ohne Verbindung mit Budapest, Brünn und Krakau, weil seine dorthin führenden Leitungen in Oberschlesien geknickt sind.

Im Kreise Kreuzburg sind unter den gelangenen Insurgenten polnische Insurgenten aus Tschernowitz festgestellt worden. Der deutsche Polizeikommissar in Gletwitz, Rechtsanwalt Kallane, befindet sich in der „Schlei, Volkszeitung“ den Kreisinspektoren des Landkreises Ost-Ostpreußen, den französischen Oberst Borge, der offenen Partisanen für die Polen. Alle Bemühungen des deutschen Polizeikommissars, bei polnischen Partisanen wirksame Durchsuchungen nach Waffen in die Wege zu setzen, seien an dem Verhalten des französischen Kreisinspektors entweder ganz gescheitert, oder aber, wenn tatsächlich Durchsuchungen nach Waffen vorgenommen wurden, habe Oberst Borge dafür gesorgt, daß seine Schützlinge die Waffenlager noch schnell vor der Durchsuchung beiseite schaffen konnten. So habe er einmal den Gemeindevorsteher Wurga in Ostpreußen vor der bevorstehenden Durchsuchung gewarnt. Nur durch dieses Verhalten des Kreisinspektors sei es den Polen in dem Kreise gelungen, sich eine Masse von Waffen jeder Art und Munition für den Aufstand bereitzuhalten.

W. L. D. meldet aus Berlin: Die Tendenzmeldungen Warschauer Zeitungen, nach denen bei den schweren Zusammenstößen in der Gegend von Kandyja-Kannaberg die Teilnahme deutscher Reichswehrangehöriger festgestellt worden sei, sind ebenso unwahr wie alle früheren Meldungen gleicher Art, die systematisch von den Aufständischen und von polnischer Seite verbreitet worden sind. Es sei noch einmal ausdrücklich wiederholt, daß sich nicht ein einziger Reichswehrsoldat im oberösterreichischen Abwehrgebiet befindet. Dagegen wurde gerade bei den Zusammenstößen in der vorgenannten Gegend die Unterstützung der Insurgenten durch Kampfmittel der regulären polnischen Truppenteile und durch Kampfmittel der regulären polnischen Armee erneut und einwandfrei festgestellt.

Die gekürzte Ausgabe der „Schlei, Tagespost“ in Breslau ist beschlagnahmt worden, weil sie eine Meldung unter der Überschrift: „Mehr Freiwillige für Oberschlesien“ veröffentlicht hat.

Die polnischen Blätter in Warschau veröffentlichen einen von General Haller unterzeichneten Aufruf, der zu Spenden von Geld und Lebensmitteln zur Unterstützung der oberösterreichischen Aufständischen im Kampf mit den Deutschen aufruft.

Korsantys dementiert.

In der Oberschlei. Grenzpost, dementiert Korsantys die Nachricht der Times, daß er sich mit dem Plan der Rekrutierung Oberschlesiens einverstanden erklärt habe. Im Gegenteil habe er, als die Oberschlesische Volkspartei mit der Anfrage an ihn herantreten sei, ob er über ein unabhängiges Oberschlesien mit ihr verhandeln werde, erklärt, daß er jede Diskussion in dieser Richtung für zwecklos halte, da die Bevölkerung des rechten Oderufers die Vereinigung mit Polen wolle.

Eine Untersuchungskommission des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem polnischen Aufstand in Oberschlesien beschäftigt. Nachdem der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Lewart eingehend Bericht erstattet hatte über die polnischen Gewalttätigkeiten und deren Begründung durch die französische Besetzung, wurde beschlossen, daß der Internationale Gewerkschaftsbund eine aus London (Paris), Williams (London) und Himmens (Amsterdam) bestehende Untersuchungskommission baldmöglichst nach Oberschlesien entsendet, die dort an Ort und Stelle in Gegenwart von deutschen und polnischen Gewerkschaftsvertretern Befragungen über eine objektive Beurteilung der Schuldfrage vornehmen soll.

Dr. Wirth über die Politik Deutschlands.

In einer Unterredung mit einem Redakteur des „W. L.“ erklärte der Reichsminister Dr. Wirth über die Rückfälle

Auf Blatt 206 des Handelsregisters, die Riesaer Bank, Aktiengesellschaft in Riesa betr., ist heute eingetragen worden: Der Gesellschaftsvertrag ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 2. April 1921 laut Notariatsprotokoll von diesem Tage abgeändert worden.
Amtsgericht Riesa, den 23. Mai 1921.

Mittwoch, den 25. Mai 1921, nachmittags 2 Uhr findet im Stadtpark die Grasversteigerung

statt. Desgleichen anschließend (gegen 4 Uhr) Grasversteigerung auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz. Bedingungen werden vor der Versteigerung bekannt gegeben. Treffpunkt: Festplatz. Kleingeld ist mitzubringen.
Der Rat der Stadt Riesa, am 23. Mai 1921. Schmn.

Kirchverpachtung.

Die diesjährige Kirchenverpachtung in der Rittersgutskirch bei der Wauker Landstraße und im Garten des Stadtfrankenhauses soll
Donnerstag, den 26. Mai 1921, vormittags 10 Uhr
in der Ratskanzlei öffentlich veräußert werden.
Die Auswahl unter den Bietern, die Vergebung der Nutzung an mehrere Bieter und die Ablehnung sämtlicher Gebote bleibt vorbehalten.
Die Pachbedingungen können in der Ratskanzlei eingesehen werden.
Der Rat der Stadt Riesa, den 23. Mai 1921. Fnd.

der deutschen Politik u. a.: Kitzbald nach der Bildung der Regierung sind die zuständigen Ressorts angewiesen worden, die Reparationsfrage nach größtmöglicher Bedenken zu bearbeiten und sie in Form von Gegenentwürfen einem engen Ausschusse des Kabinetts und hiernach dem Kabinett selbst vorzulegen. Diese sachlichen Vorbereitungen sollen nicht auf eine Augenblickspolitik eingeklinkt sein. Unsere Politik muß auf lange Sicht gestellt werden. Deutschlands Befreiung kann nur durch Arbeitsleistung erfolgen. In dem Reparationswunsche des deutschen Volkes und in dem festen Willen, dauernd mitzuarbeiten, nicht nur für ein paar Wochen, kann erwartet werden, daß die demgegenüber stehenden, die sich an der Kabinettsregierung beteiligen und beteiligen wollen, ihre Mitarbeit auf Jahre einstellen. Niemand soll ausgeschlossen sein, der auf sachlichem Boden am Wiederaufbauprogramm mitarbeiten will. Mit Personen, die eben nur parteihaftig manövrieren wollen, darf Deutschland nicht rechnen. Ich werde die Mitarbeit jener großen wirtschaftlichen Kreise herzlich begrüßen, die in der Kriegszeit dem deutschen Volke durch ihre Organisationsarbeit das Aushalten im Weltkampfe ermöglicht hatten. Auf die Frage, was ich zum Jammern auf das Ultimatum bestimmt habe, antwortete der Reichsminister: Wer in der Welt hätte bei Ablehnung des Ultimats an Deutschlands Willen geglaubt, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit den Friedensvertrag zu erfüllen. Niemand! Wir hätten die ganze Welt gegen uns gehabt. Und dann bedenken Sie die politischen Folgen! Ein Wachsen der Ruhrkrise mit den französischen Engen, was hätte das für Folgen gehabt. Wenn wir im Kriege das Leben und die Gesundheit von Millionen nicht schonten, um wieviel mehr müssen wir in der Gegenwart Weisheiten an uns nehmen, wenn wir dadurch deutsches Land und deutsche Freiheit retten können. Mich hat immer die Überzeugung in der Politik geleitet, daß die Richtung der Politik wichtiger ist, die meint, daß man durch dauerndes Einhalten und Ausweichen und dadurch, daß man Bedingungen stellt und die Dinge an sich herankommen läßt, die Lage weichern könne. An die Stelle der akademischen Auseinandersetzungen tritt jetzt der Gedanke der Leistungen. Selbstverständlich können die Leistungen nur dann groß sein, wenn kein Teil des deutschen Volkes großend über das Jawort beiseite geht.

Die sog. Kriegsverbrecherprozesse in Leipzig.

Vor dem 2. Strafsenat des Reichsgerichts begann gestern Montag der erste Kriegsverbrecherprozeß. Vor dem Reichsgericht hatte sich nur wenig Publikum angemeldet, welches dem Eintreten der englischen Zeugen ruhig zusah. Der Eintritt zum Reichsgericht ist nur gegen Karten gestattet. Somit sind besonders Abwehrmaßnahmen nicht getroffen worden. Der Zuhörerraum ist gut besetzt. Es sind mehr als 80 Journalisten, darunter viele Ausländer, anwesend.

Punkt 9 Uhr betritt die englische Kommission, die den Sitzungen beivohnt, den Sitzungssaal. 10 Minuten nach 9 Uhr erschienen die Mitglieder des Reichsgerichtssenaats, und es wird sofort die Verhandlung eingeleitet. Den Vorsitz führt Senatspräsident Dr. Schmidt. Die Anklage vertritt Oberrechtsanwalt Dr. Obermann. Als Verteidiger fungieren Rechtsanwält Gussow, Löffelholz, von Förster, Großhüterfelle und Dr. Littenberger-Leipzig.

Es erfolgt zunächst die Vereidigung des Dolmetschers Dr. Peters von der Leipziger Universität und des Sachverständigen General von Franke aus Freiburg im Breisgau. Zur Verhandlung sind 32 Zeugen geladen, darunter 16 englische Zeugenzeugen. Nach dem Zeugenauftritt wird zur Vernehmung des Angeklagten geschritten. Die Anklage richtet sich gegen den ehemaligen Sergeant und letzten Küchenmeister Karl Lenné aus Bremen. Es werden ihm 46 Fälle von Geiselnahmen, Missetaten zur Last gelegt, die er teils selbst, teils durch dienstlich Untergebene ausgeführt haben soll. Der Präsident erwähnt den Angeklagten, die Wahrheit zu sagen. Im weiteren Verlaufe der Verhandlungen teilte der Präsident mit, daß die Aufgabe des Senats hier ganz scharf und unausweichlich sei. Sie bestehe darin, zu erfahren, ob der Angeklagte persönlich die Schuld treffe. Für politische oder andere Erwägungen sei hier kein Raum. Der Vorsitzende werde dafür sorgen, daß alle bezüglichen Erörterungen unterbleiben. Ferner teilte der Präsident mit, daß durch die Amnestie die Straffälle an sich verjährt seien, aber ein besonderes Gesetz bestimme, daß für diese Straftaten eine Verjährung ausgeschlossen sei.

Zu seiner Verteidigung gibt der Angeklagte an, daß sich die englischen Kriegsgefangenen oft widerwillig gezeigt und die Arbeit verweigert hätten. Der englische Vertreter beantragt die Verlesung der Aussagen, die einige englische